



Kontrollstrategien im zivilen Gewand

Die Nah- und Mittelostpolitik der EU

André Bank

1. Einleitung

Die Europäische Union versteht im Zuge der Ausgestaltung einer eigenständigen Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik ihre unmittelbaren Nachbarregionen als direkte politische Einflussphären. Neben Ost(mittel)europa und dem Balkan gilt dies insbesondere für den Nahen und Mittleren Osten, die höchst heterogene Großregion jenseits des Mittelmeeres, die die arabischen Staaten Nordafrikas, der Levante und der Golfregion sowie Israel und den Iran umfasst.¹

Strategische Bedeutung kommt dem Nahen und Mittleren Osten für die EU als wichtiger Absatzmarkt und zentraler Energielieferant zu, schließlich verfügt die Region über die größten Erdöl- und Erdgasvorkommen weltweit. In der Region existieren vor allem aber auch politische Strukturmuster, die laut Europäischer Sicherheitsstrategie (ESS), dem wichtigsten Dokument gegenwärtiger EU-Außen- und Militärpolitik, als die Hauptbedrohungen europäischer Sicherheit zu Beginn des 21. Jahrhunderts angesehen werden: (1) transnationaler Terrorismus, (2) die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (MVW), insbesondere die Gefahr eines nuklearen Wettrüstens, und (3) regionale Konflikte, insbesondere der israelisch-palästinensische Kernkonflikt im Nahen Osten.² Zugespitzt formuliert liest sich

die Bedrohungsanalyse der ESS wie eine Zustandsbeschreibung bestimmter Aspekte der gegenwärtigen Politik im Nahen und Mittleren Osten, ohne dieser jedoch eine adäquate Ursachenanalyse zugrunde zu legen. Um die wirtschafts- und energiepolitischen Interessen der EU zu gewährleisten und vor allem potenzielle Spill-over-Effekte von Terrorismus, die Verbreitung von MVW und die Ausweitung regionaler Konflikte zu verhindern, wird in der ESS empfohlen, darauf hinzuwirken, dass »an den Mittelmeergrenzen ein Ring verantwortungsvoll regierter Staaten entsteht, mit denen wir enge, auf Zusammenarbeit gegründete Beziehungen pflegen können«.³

Im Folgenden soll gezeigt werden, wie sich die Politikansätze der EU gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten entwickelt und ausdifferenziert haben. Zu den primär zivilen, wirtschaftspolitischen Kontrollstrategien der EU kamen so sukzessive auch militaristische Elemente mit hinzu, denen zukünftig eine noch größere Bedeutung zukommen könnte. Eine solch breit angelegte Analyse kann angesichts der intraregionalen Heterogenität, der Rolle europäischer

Einzelstaaten und der Involvierung weiterer externer Akteure (unter anderem USA, Russland, UN, IWF, Weltbank, WTO) selbstverständlich nicht umfassend sein. Daher konzentriere ich mich auf drei zentrale Felder europäischer Nah- und Mittelostpolitik, die sowohl das breite Spektrum der Initiativen veranschaulichen als auch kurz- und mittelfristig von großer Bedeutung bleiben werden: (1) die Euro-Mediterrane Partnerschaft (EMP), (2) die Rolle der EU im israelisch-palästinensischen Konflikt, wo sie als Juniorpartnerin der USA agiert, und (3) die EU-Troika als primäre Vermittlerin im iranischen Atomkonflikt.

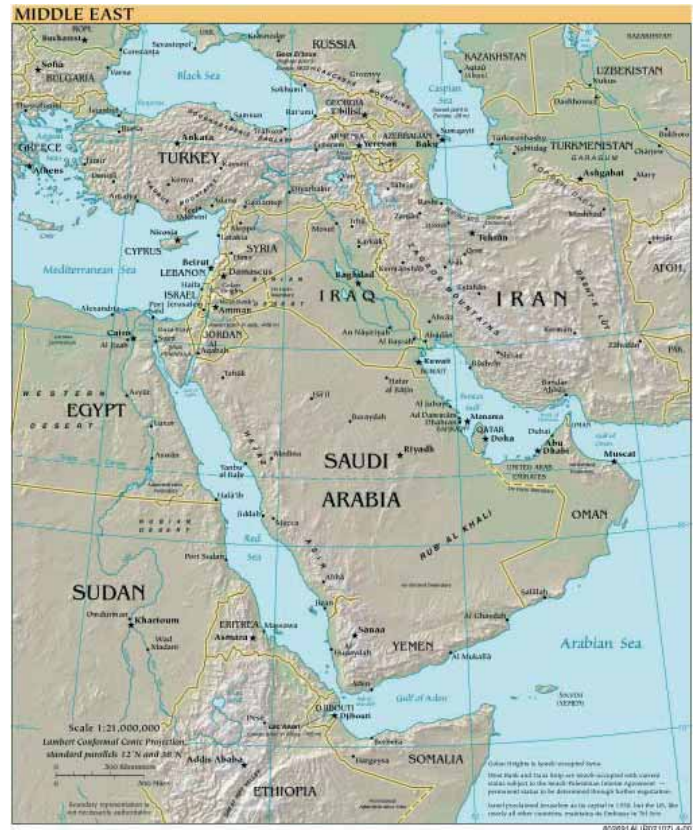
2. Die Nah- und Mittelostpolitik der EU

Bis in die 1990er Jahre war die Politik der damaligen Europäischen Gemeinschaft (EG) gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten durch einen Mangel an realen politischen Einflussmöglichkeiten gekennzeichnet. Sie beschränkte sich daher vor allem darauf, mittels Deklarationen – etwa im Nahostkonflikt – sowie über handels- und finanzpolitische Instrumentarien auf die arabischen Staaten, Israel und den Iran einzuwirken.⁴ Neben der klaren Dominanz der USA in der Region blieben diese ersten supranationalen »Gehversuche« zudem noch eindeutig von einzelstaatlichen Interessenkoalitionen, wie der Bindung Frankreichs an seine ehemaligen Kolonien in Nordafrika oder der historisch und strategisch begründeten Nähe Deutschlands zu Israel, überlagert.

Okroi statt Partnerschaft: Die EU und der Barcelona-Prozess

Die bis dato umfassendste politische Initiative der EU gegenüber Nordafrika und dem Nahen Osten, die EMP, wurde im November 1995 von den damals fünfzehn EU-Mitgliedern sowie von zwölf so genannten Mittelmeerpartnerstaaten in Barcelona ins Leben gerufen und wird seither folglich auch als Barcelona-Prozess bezeichnet.⁵ Entstehungshintergrund war das EU-Interesse, im Schatten der Osterweiterung auch die südliche Nachbarregion näher anzubinden und in eine – hochtrabend formuliert – »Zone des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstands« zu verwandeln. Die Mittelmeerpartner, insbesondere die autoritär regierten arabischen Staaten, versprachen sich vom Barcelona-Prozess in erster Linie möglichst unkonditionierte Geldzahlungen aus Brüssel nach den israelisch-palästinensischen und -jordanischen Verträgen von 1993 bzw. 1994.

Die EMP setzte an den früheren, graduellen Versuchen des »Wandels durch Handel« an, ergänzte diese aber noch durch eine sicherheitspolitische und sozialkulturelle Dimension. In der ersten Phase der EMP



von 1996 bis 2000 lag der Schwerpunkt auf der ökonomischen und finanziellen Zusammenarbeit, für die der Großteil der 5,3 Mrd. ECU aufgewendet wurde.⁶ Die sicherheitspolitische Kooperation zielte aus EU-Perspektive zunächst auf die Bekämpfung von Drogenschmuggel, organisierter Kriminalität und unkontrollierter Migration in die EU. Hingegen zeitigten die ohnehin wenigen Gelder, die in den Bereich der sozialen, kulturellen und humanitären Angelegenheiten und hier insbesondere in die Förderung arabischer Nichtregierungsorganisationen (engl. NGOs) flossen, auch kaum politische Veränderungen. In vielen Fällen haben sich die Regime eigene NGOs geschaffen, die mit Slogans zur Demokratie- oder Frauenförderung auftreten, de facto jedoch lediglich weitere externe Gelder einwerben und somit zur Herrschaftsstabilisierung beitragen.⁷

Auch wenn die wirtschaftspolitische Dimension der EMP weiter wichtig blieb, wurde sie in der zweiten Phase 2001-2005 klar von direkten Sicherheitsabwägungen der EU überlagert. Letztere firmierten oftmals unter dem Schlagwort der Terrorismusbekämpfung und bedeuteten einen massiven Ausbau in Fragen der Geheimdienstkooperation und beim euro-mediterranen Grenzregime. Libyen nahm in diesem Kontext eine besondere Rolle ein: Das Land mit der längsten Mittelmeerküste blieb zunächst aufgrund seiner staatsterroristischen Vergangenheit und der anti-westlichen Ausrichtung des Gaddafi-Regimes vom Barcelona-Prozess ausgeschlossen. Nach einer ersten »Charmeoffensive« wurde Libyen seit 1999

jedoch ein Beobachterstatus bei den Treffen der EMP gewährt und seither kommt die beiderseitige Annäherung in großen Schritten voran. Einer vollen Beteiligung Libyens an der EMP steht insofern nicht mehr allzu viel im Wege.⁸ Diese schnelle Wandlung vom Paria zum Partner liegt nicht zuletzt an Gaddafis Ankündigung vom Ende 2003, auf den Besitz von MVW, inklusive Nuklearwaffen, verzichten zu wollen. Entscheidend dürften aber wohl die geostrategischen Interessen europäischer Einzelstaaten gewesen sein, die die Anbindung Libyens in die EMP als Hebel nutzten, um sich eine bessere Ausgangsbedingung für den Zugang zu den bedeutenden Öl- und Gasreserven⁹ sowie bei den Investitionen in die marode, sich teilweise privatisierende Wirtschaft zu verschaffen. Bei der Flüchtlingsabwehr und der Einrichtung von Lagern in Nordafrika, wie sie etwa der damalige deutsche Innenminister Otto Schily 2004 vorschlug, ist Libyen ebenso ein wichtiger Kooperationspartner.¹⁰ Hiermit deutet sich an, dass die EMP keineswegs – wie der Name suggeriert – als gleichberechtigte Partnerschaft funktioniert, sondern eher als Oktroi der EU zu charakterisieren ist. Das unübersehbare wirtschaftliche und militärische Ungleichgewicht offenbarte sich etwa bei der Auswahl der am Barcelona-Prozess beteiligten Staaten, als das pro-westliche, nicht mediterrane Jordanien teilnehmen konnte, der anfangs unliebsame Mittelmeeranrainer Libyen aber ausgeschlossen wurde. Zudem verstärkt die »pluribilaterale« Struktur der EMP diese Machtasymmetrie zugunsten der EU, da sie sich bei den Verhandlungen über die Assoziationsabkommen statt einer Gruppe von südlichen Partnern lediglich Einzelstaaten gegenüber sieht.¹¹ Dadurch gelingt es der EU, teilweise in die Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens »hineinzuregieren« und dort primär ökonomische Umstrukturierungen zu forcieren.

Dennoch funktioniert die EMP (noch) nicht als umfassende Kontrollstrategie, was sich auf Zielkonflikte – regionale Stabilität versus neoliberale, destabilisierende Reformen – sowie auf die einzelstaatlichen Interessendivergenzen innerhalb der EU zurückführen lässt. Und auch wenn die EMP selbst unter Befürwortern »nicht unbedingt als große Erfolgsgeschichte gelten kann«,¹² unternimmt Brüssel Versuche, auf Basis der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) und der Strategischen Partnerschaft mit dem Mittelmeerraum und dem Mittleren Osten den EMP-Raum in einer Art »Barcelona Plus« auf die Gesamtregion, inklusive Golfstaaten, Irak und Iran auszudehnen.

Payer and Player: Die EU und der Nahostkonflikt

Neben dem Barcelona-Prozess konzentrierte sich die Nah- und Mittelostpolitik der EU seit den 1990er Jah-

ren in erster Linie auf den israelisch-palästinensischen Konflikt. Nach der Osloer Prinzipienerklärung vom September 1993, in der sich Israel und die PLO gegenseitig anerkannten und ein Rahmenabkommen für einen Friedensprozess abschlossen, trat die EU mit einem verstärkten, mehr als deklaratorischen Engagement auf den Plan. Von der grundlegenden Prämisse ausgehend, dass nur eine Zweistaatenlösung den regionalen Status Quo mittel- bis langfristig stabilisieren könnte, engagierte sich Brüssel als wichtigster Geldgeber des Prozesses: Hauptbereiche waren die Finanzierung von palästinensischen Regierungs- und Verwaltungsinstitutionen sowie von Projekten im Infrastruktur- und Gesundheitsbereich.¹³ Da diese Gelder jedoch weitgehend unkonditioniert an die PA unter Präsident Arafat vergeben wurden, anstatt »von unten« die lokale Basis zu unterstützen, trug die EU zur Etablierung eines autoritären Regimes im Westjordanland und Gaza-Streifen und somit auch zur innerpalästinensischen Militarisierung bei. Gegenüber der israelischen Seite hielt sie sich mit Kritik weitgehend zurück, auch als diese, trotz der Abgabe bestimmter Kompetenzen nach Oslo I und II (vom September 1995), die Besatzung fortführte und die ohnehin massive Machtasymmetrie durch den forcierten Siedlungsbau noch weiter vergrößerte.¹⁴ Der EU kann insofern eine gewisse Mitschuld am Niedergang von Oslo attestiert werden, auch wenn sie zwischen 1993 und 2000 sicher lediglich als Juniorpartner der USA – dem dominanten, externen Akteur im Nahen Osten – auftrat.

Nach 2000 wuchs der Einfluss der EU im israelisch-palästinensischen Konflikt, da sich die Bush- im Vergleich zur Clinton-Administration zunächst weniger engagierte und der Ausbruch der zweiten Intifada im September 2000 eine Gewalteskalation provozierte, die dem europäischen Stabilitätsinteresse zuwiderlief. So blieb die EU weiterhin »Zahlmeister«,¹⁵ griff über ihren Außenbeauftragten Javier Solana oder einzelstaatliche Außenminister wie Joschka Fischer aber auch direkter in die politischen Verhandlungen ein. Bekanntestes Forum ist hierbei das Nahostquartett, bestehend aus der EU, den USA, der Russischen Föderation und der UN, das seit April 2002 als zentraler Koordinationsmechanismus der externen Akteure im Nahostkonflikt fungiert. Im April 2003 präsentierte das Nahostquartett die so genannte road map, einen dreistufigen Friedensplan, der allerdings bis dato noch keine Ergebnisse gezeitigt hat.¹⁶ Problematisch am Design der »road map« ist, dass sie die Verhandlungen über die zentralen Konfliktfelder – Territorium und Grenzziehung, jüdische Siedlungen, palästinensische Flüchtlinge und Jerusalem – an das Ende

des Prozesses stellt und somit auf eine ferne Zukunft verlagt.

Noch problematischer ist die europäische Politik, wenn sie sich einerseits immer wieder gegen die Gewalteskaltung auf beiden Seiten ausspricht, ihre Mitgliedstaaten zugleich aber durch Waffenlieferungen die Militarisierung des Konflikts mit befördern. Hierbei war gerade die Position der rot-grünen Bundesregierung äußerst ambivalent. Entgegen ihren eigenen Ankündigungen, die Rüstungsexporte, vor allem in Krisengebiete, massiv drosseln zu wollen, haben diese in den vergangenen Jahren keineswegs abgenommen.¹⁷ An Israel, mit dem 2005 die Rüstungskoope- ration ihren 50. Geburtstag »feiert«,¹⁸ wurden so 2003 Teile für gepanzerte, im Westjordanland und Gaza einsetzbare Fahrzeuge im Wert von 101 Mio. E ge- liefert.¹⁹

Aber auch an die Nachbarstaaten Ägypten, Jor- danien und Saudi-Arabien wurden 2003 deutsche Kleinwaffen verkauft – ohne Angabe eines genaueren Verwendungszwecks.²⁰ Als eine noch fatalere Milita- risierung erwies sich die Lieferung von drei deutschen Dolphin-U-Booten an Israel 1999 und 2000, da diese mit nuklearen Harpoon-Flugkörpern bestückt werden können.²¹ Am 21.11.2005 schloss die scheidende rot- grüne Regierung einen Kaufvertrag mit Israel über zwei weitere, modernere U-Boote ab. Das erklärte Ziel, mit der Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts auch auf eine nuklearwaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten hinzuwirken, erscheint insofern als bloße Rhetorik.

Generalprobe als Protagonistin: Die EU-Troika und die iranische Atomfrage

Trotz ihres gewachsenen Einflusses ist die EU im Nah- ostkonflikt noch eindeutig der Juniorpartner der USA. Im iranischen Atomkonflikt sieht dies anders aus. Hier agiert die EU, vertreten durch die drei mächtigsten Staaten Deutschland, Großbritannien und Frankreich und sekundiert durch den Außenbeauftragten Solana, als Protagonistin in den Verhandlungen mit der Isla- mischen Republik. Die Bush-Administration hat ihr (vorläufig) Rückendeckung zugesichert. Die zentrale Bedeutung, die der EU-Troika in der Einhegung der vermeintlichen »Weltgefahr Iran«²² zukommt, lässt sich als Generalprobe für ein zukünftig noch weiter- reichendes, direktes Engagement in der Region des Mittleren Ostens interpretieren.

Der neuere iranische Atomkonflikt begann mit der Entdeckung geheimer Nuklearanlagen in Arak und Natanz durch die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) im August 2002.²³ Nach diversen Meinungs- verschiedenheiten zwischen dem iranischen Regime und der IAEA, vor allem über den laut Nuklearem

Nichtverbreitungsvertrag (NVV, besser bekannt als Atomwaffensperrvertrag) legalen zivilen oder illega- len militärischen Charakter des Nuklearprogramms sowie harschen Drohungen der US-Administration, trat Mitte 2003 die EU-Troika als Vermittlerin auf den Plan. Die europäisch-iranischen Verhandlungen mündeten so am 21. Oktober 2003 in die »Tehera- ner Erklärung«. In dieser verpflichtete sich der Iran zur kompletten Offenlegung seines Atomprogramms sowie zur Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum NVV, das restriktivere IAEA-Inspektionen erlaubt. Von den EU-Staaten wurde dem Iran dafür der Zu- gang zu moderner Technologie in Aussicht gestellt.²⁴ Dieser »Deal« ähnelte der »Pariser Erklärung« vom 15. November 2004, in der der Iran als vertrauensbil- dende Maßnahme die temporäre Aussetzung der laut NVV durchaus legalen Urananreicherung bekannt gab. Im Gegenzug versprach die EU-Troika, Irans Beitritt zur WTO zu unterstützen, bei der zivilen Nu- klearnutzung zu kooperieren und Sicherheitsgaranti- en zu gewähren.

Etwas seit Beginn des Jahres 2005 ist die Haltung der drei EU-Staaten gegenüber dem Iran fordernder geworden. Immer wieder verlangten Solana und Fi- scher so genannte objektive Kriterien von der irani- schen Seite: Die Urananreicherung dürfte so nicht erfolgen, auch wenn dies laut NVV Irans verbrieftes Recht darstellt. Die Ursache für die Verschärfung der europäischen Position ist sicher nicht nur der schleppende Verhandlungsverlauf, sondern auch das Bemühen, der transatlantischen Aussöhnung über einen gemeinsamen Schulterschluss im iranischen Atomkonflikt ein Stück weit näher zu kommen.²⁵ Schließlich dürften die USA und die EU-Staaten da- rin übereinstimmen, dass eine iranische Atombom- be verhindert werden muss, da sie die atomare Vor- machtstellung Israels im Nahen und Mittleren Osten beenden und eine nukleare Rüstungsspirale forcieren würde. Allerdings haben die EU-Staaten auch eige- ne regional- und wirtschaftspolitische Interessen. So sind sie an der Aufrechterhaltung der Rolle der Isla- mischen Republik als regionalem Stabilitätsanker und Garant europäischer Energiesicherheit interessiert. Zudem besitzen europäische Unternehmen bisher auf dem iranischen Markt einen entscheidenden Wettbe- werbsvorteil gegenüber US-Firmen, die aufgrund der umfassenden Sanktionen außen vor bleiben. Gerade für die deutsche Wirtschaft stellt der Iran einen be- deutenden Markt dar: 2004 exportierte sie Waren im Wert von 3,57 Mrd. E in die Islamische Republik.²⁶

Angesichts dieser vielschichtigen Interessenlage verfolgte die EU-Troika im Atomkonflikt eine Strate- gie des »konditionierten Engagements«, die aus An-

reiz- (Hilfe bei ziviler Nukleartechnologie) und moderaten Sanktionsmechanismen (Verhandlungsstopp bei Handels- und Kooperationsabkommen) bestand und auf die graduelle Veränderung der iranischen Position abzielte.²⁷ Bereits einige Monate vor den iranischen Präsidentschaftswahlen vom 17. Juni 2005 zeichnete sich jedoch ab, dass sie ihre beiden Hauptziele, die iranische Atombombe zu verhindern und gleichzeitig den gegenüber den USA privilegierten Status im Iran aufrechtzuerhalten, hiermit nicht erreichen würde. Aus europäischem Kalkül ist die Kritik an der neuen Teheraner Regierung – insbesondere am konservativen und antisemitischen Präsidenten Ahmadinejad sowie dem neuen Chefunterhändler für das Nuklearprogramm, dem Hardliner Larijani – und ihrer mit der Wiederaufnahme der Urananreicherung, einer möglichen Vorstufe der Urananreicherung, in Isfahan vermeintlich härteren Linie insofern nachvollziehbar. Sie geht aber in die falsche Richtung. Denn die iranische Atompolitik wird nicht vom Präsidenten, sondern vom mächtigeren, nicht gewählten Revolutionsführer Khamene'i bestimmt. Zudem hat sich die iranische Position auch seit Beginn des Jahres 2005 nicht grundsätzlich verändert; die Verschärfung ging vielmehr von europäischer und, wie die abermalige Gewaltandrohung von US-Präsident Bush vom August 2005 unterstreicht, auch von amerikanischer Seite aus. Auch wenn damit das iranische Regime und sein mögliches Streben nach MVW keineswegs in Schutz genommen werden soll, muss doch festgestellt werden, dass es im Verhandlungspoker mit der EU-Troika weitgehend mit offenen Karten gespielt und sich wohl im Rahmen des zugegebenermaßen problematischen NVV bewegt hat.²⁸

Es zeigt sich, dass die EU-Troika als Hauptakteurin in der iranischen Atomfrage trotz ihrer Verhandlungsstrategie immer wieder auch als Konflikttreiberin angesehen werden muss. Die Verhärtung der Positionen im Atomkonflikt – maßgeblich von ihr zu verantworten – könnte so als Anlass für ein kriegerisches Vorgehen der USA gegen den Iran genommen werden. Sollte sich ein solches Szenario einstellen, würde die Generalprobe der EU-Troika als Protagonistin im Mittleren Osten wohl eine humanitäre Katastrophe nach sich ziehen.

3. Schlussfolgerung

Die EU hat sich seit den 1990er Jahren mit der Initiierung des Barcelona-Prozesses, dem gestiegenen Engagement als »payer and player« im israelisch-palästinensischen Konflikt als Protagonistin in der iranischen Atomfrage als eigenständige Akteurin im Nahen und Mittleren Osten etabliert. Ihre Vorgehens-

weise in den verschiedenen Bereichen fügt sich dabei nahtlos in das größere Bild, das Hans-Jürgen Bieling von der EU zeichnet: »ein eigenes Machtzentrum mit einem spezifischen weltpolitischen Geltungsanspruch [...] [Dieser] verdichtet sich weniger in einer traditionellen Groß- und Supermachtstrategie – d.h. einer umfassenden militärisch-gewaltsamen Kontrolle entlegener Regionen – als vielmehr [in einer ...] Kontrollstrategie, die über ein weitausgreifendes Netzwerk der Wirtschafts- und Sicherheitsdiplomatie auch Elemente einer »weichen Geopolitik« umschließt.«²⁹

Schwerpunktmäßig wird die Politik der EU und ihrer Mitgliedstaaten im Nahen und Mittleren Osten somit durch zivile, vor allem wirtschaftliche Instrumentarien (in der EMP, gegenüber der PA und der Handels- und Finanzkooperation mit Iran) und tendenziell multilaterale Ansätze (»road map«) bestimmt. Da sich in der Sicherheitskooperation mit den nordafrikanischen Staaten, den Waffenlieferungen an Israel und den Drohungen im iranischen Atomkonflikt aber eindeutige Tendenzen der Militarisierung zeigen und diese in den letzten Jahren zugenommen haben, erscheinen die europäischen Politikstrategien als Kontrollstrategien im zivilen Gewand: Als Drohpotenzial steht die massive ökonomische, macht- und militärpolitische Asymmetrie im Hintergrund. Zudem hängt die nicht zuletzt durch ihre Präventivschlagsdoktrin militaristisch geprägte Europäische Sicherheitsstrategie wie ein Damoklesschwert über der zukünftigen strategischen Ausrichtung der EU. Ein »Testfall« im Nahen und Mittleren Osten ist angesichts der politischen Bedeutung der Region insofern mittelfristig nicht auszuschließen.

Fußnoten:

¹ Geografische Bezeichnungen sind immer willkürlich und spiegeln spezifische, nicht zuletzt strategische, Vorstellungen ihrer Zeit wider. So verweist der Terminus »Naher und Mittlerer Osten«, der zu den Hochzeiten des klassischen Imperialismus geprägt wurde, bereits auf einen westlichen, auf Europa zentrierten Blickwinkel. Ähnliches gilt für die in der aktuellen Diskussion geläufigen Bezeichnungen »Greater«, »Broader« oder »Wider Middle East«. Vgl. Bilgin, Pinar (2004): Whose »Middle East«? Geopolitical Inventions and Practices of Security, in: International Relations, 18, 1, S. 25-41. Trotz dieses Einspruchs sollen im Folgenden der besseren Verständlichkeit halber weiterhin die in der Debatte verbreiteten Bezeichnungen verwendet werden.

² Europäischer Rat: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie, Brüssel, 12.12.2003, <http://www.auswaertiges-amt.de/www.de/infoservice/download/pdf/friedenspolitik/pdf, S. 3-5>.

³ Vgl. ESS 2003, S. 8.

⁴ Vgl. Johannsen, Margret: Von Venedig nach Jerusalem: Europäische Nahostpolitik im Werden, in: Ehrhart, Hans-Georg/Schmitt, Burkhard (Hrsg.): Die Sicherheitspolitik der EU im Werden: Bedrohungen, Aktivitäten, Fähigkeiten, Baden-Baden 2004, S. 160ff.

⁵ Vgl. Barcelona Declaration, Barcelona, 27.-28.11.1995, http://europa.eu.int/comm/external_relations/euromed/bd.htm. Die mediterranen Partner sind Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Libanon, Malta, Marokko, die Palästinensische Autonomiebehörde (PA), Syrien, die Türkei, Tunesien und Zypern.

⁶ Vgl. Miller, Rory/Mishrif, Ashraf: The Barcelona Process and Euro-Arab Economic Relations, 1995-2005, in: Middle East Review of International Affairs, 2005, 9, 2, S. 99.

⁷ Vgl. Carapico, Sheila: NGOs, INGOs, GO-NGOs and DO-NGOs – Making Sense of Non-Governmental Organizations, in: Middle East Report, 2000, 214, S. 12-16.

⁸ Diese hängt noch von der Klärung der ausstehenden Probleme mit einzelnen EU-Staaten sowie der Übernahme des EMP-Acquis ab. Vgl. Asseburg, Muriel: Demokratieförderung in der arabischen Welt – hat der partnerschaftliche Ansatz der Europäer versagt?, in: Orient, 2005, 46, 2, S. 276.

⁹ Libyen gehört EU-weit zu den wichtigsten Öl- und Gaslieferanten – für Deutschland lag es 2004 an dritter Stelle. Vgl. Werenfels, Isabelle: Wie umgehen mit dem »neuen Gaddafi«?, Berlin 2004, Oktober, S. 2.

¹⁰ Vgl. Dietrich, Helmut: Die Front in der Wüste, in: konkret, 2004 Dezember, S. 22-25.

¹¹ Vgl. Perthes, Volker: »Barcelona« und die deutsche Rolle in der Mittelmeerparkerschaft, in: ders. (Hrsg.): Deutsche Nahostpolitik – Interessen und Optionen, Schwalbach 2001, S. 73.

¹² Vgl. Asseburg 2005, S. 278.

¹³ Insgesamt gab die EU zwischen 1993 und 2000 gut zwei Mrd. € an direkten Unterstützungsgeldern für die palästinensischen Gebiete aus. Deutschlands Anteil lag bei circa 25%. Vgl. Asseburg, Muriel: Die EU und der Friedensprozess im Nahen Osten, Berlin 2003, Juli, S. 8-11.

¹⁴ Die Darstellung des Friedensprozesses nach Oslo kann hier nur sehr kursorisch erfolgen. Für eine detaillierte Analyse vgl. Shlaim, Avi: The Rise and Fall of the Oslo Peace Process, in: Fawcett, Louise (Hrsg.): International Relations of the Middle East, Oxford 2005, S. 241-261.

¹⁵ Vgl. Johannsen 2004, S. 162.

¹⁶ Vgl. A Performance-Based Roadmap to a Permanent Two-State Solution to the Israeli-Palestinian Conflict by the Quartet (EU, USA, Russian Federation, UN), 30.4.2003, http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/en/declarations/75591.pdf.

¹⁷ Vgl. Broszka, Michael/Moltmann, Bernhard: Deutsche Rüstungsexportpolitik: Plädoyer für Prinzipientreue, in: Ratsch, Ulrich et al. (Hrsg.): Friedensgutachten 2005, Münster 2005, S. 228-236.

¹⁸ Vgl. Nassauer, Otfried/Steinmetz, Christopher: Die Goldene Hochzeit der Waffenschmieden – 50 Jahre deutsch-israelische Rüstungskooperation, in: Das Parlament, 15, 11.4.2005, <http://www.das-parlament.de/2005/15/Thema/016.html>.

¹⁹ Vgl. Broszka/Moltmann 2005, S. 229.

²⁰ Broszka/Moltmann 2005, S. 234.

²¹ Vgl. Nassauer, Otfried/Steinmetz, Christopher: Israelische Atomwaffen und deutsche U-Boote – Eine Gefahr für den Weltfrieden? Berlin 2003, <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Israel/u-boote2.html>.

²² Vgl. von Randow, Gero: »Weltgefahr Iran«, in: Die Zeit, 33, 11.8.2005.

²³ Für eine detaillierte Darstellung des Verlaufs der Atomverhandlungen von 2002 bis 2005, vgl. Meier, Oliver: Teheran – auf heimlichem Weg zur Bombe?, in: sowi, 2, 2005, S. 54-65.

²⁴ Vgl. Statement by the Iranian Government and visiting EU foreign ministers, 21.10. 2003, <http://www.iaea.org/>.

²⁵ Vgl. Bank, André: Strahlende Strategen – Irans Nuklearprogramm und transatlantische Interessenlagen, in: Wissenschaft und Frieden, 2, 2005, S. 44-46.

²⁶ Vgl. Rudolf, Peter: Sanktionen gegen Iran – Optionen, Probleme, Perspektiven, Berlin 2005, August, S. 1.

²⁷ Vgl. Reissner, Johannes: Europas Beziehungen zu Iran, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B9, 2004, S. 48-54.

²⁸ Vgl. Amirpur, Katajun: Iran pokert gut, in: die tageszeitung, 11.8.2005, S. 11.

²⁹ Vgl. Bieling, Hans-Jürgen: Die Europäische Union: eine neue Supermacht mit imperialen Ambitionen?, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 139, 2005, S. 250.

Der Beitrag erschien in Tobias Pflüger/Jürgen Wagner (Hrsg.), Welt-Macht EUropa, Auf dem Weg in weltweite Kriege, VSA-Verlag Hamburg 2006 (S. 165-174).

André Bank ist Politikwissenschaftler, Doktorand am Zentrum für Konfliktforschung der Philipps-Universität Marburg und Beirat der Informationsstelle Militarisierung (IMI). Seine Arbeitsschwerpunkte sind Staats- und Konflikttheorien sowie Regional- und Innenpolitik im Nahen und Mittleren Osten, insbesondere Irak, Iran, Jordanien und Syrien.

Wir fordern: Soziale Sicherheit statt militärische Großmachtspolitik!



**Informationsstelle
Militarisierung e.V.**

Diese Studie entstand im Rahmen des Projektes „Nein zu dieser EU-Verfassung! Ja zu fairer Entwicklungskooperation!“, das vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) großzügig unterstützt wird. Weitere Texte des Projektes finden sich unter www.imi-online.de/EU-Projekt/